

Smartphone-Verbot für Kinder unter 12 Jahren

Die Mitte-Nationalräte Regina Durrer und Giorgio Fonio wollen Kinder unter 12 Jahren vor den negativen Folgen einer übermässigen Smartphone-Nutzung schützen. Ein Verbot soll Kinder wie auch Eltern entlasten.

Publiziert: 01:29 Uhr

Aktualisiert: vor 1 Minute

Kommentieren

Darum gehts

✦ KI-generiert, redaktionell geprüft

- Mitte-Politiker fordern Smartphone-Verbot für Kinder unter 12 Jahren in der Schweiz
- Zu viele Kinder leiden unter Schlafproblemen und Konzentrationsstörungen durch Smartphones
- Verbot soll Kinder vor gesundheitlichen Schäden schützen

War diese Zusammenfassung hilfreich?



Ja



Nein



Ruedi Studer

Bundeshaus-Redaktor

Ob Chatten, Gamen oder Social Media – das Smartphone ist aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Auch für viele Kinder ist das Handy ein ständiger Begleiter. Viele nutzen es täglich, und das stundenlang.

Mit negativen Folgen: Schlafprobleme, Konzentrationsschwierigkeiten in der Schule bis hin zu körperlichen und psychischen Beschwerden durch eine übermässige Smartphone-Nutzung (<https://www.blick.ch/life/familie/kinder-und-handys-so-schuetzen-eltern-vor-gefahren-id21676273.html>) werden bei unseren Jüngsten zunehmend zum Problem.

«Diese Situation hat schädliche Auswirkungen (<https://www.blick.ch/life/wissen/menschen/strenge-smartphone-regeln-abendliches-handyverbot-verlaengert-schlaf-und-verbessert-noten-id21281833.html>), auf die

körperliche und psychische Gesundheit der Kinder und damit indirekt auf die Zukunft unserer Gesellschaft», sagen die beiden Mitte-Nationalräte Giorgio Fonio (41, TI) und Regina Durrer (54, NW).

Radikale Massnahme

Der Problematik wollen sie mit einer radikalen Massnahme den Riegel schieben. «Es braucht ein Smartphone-Verbot für Kinder unter zwölf Jahren!» Das fordern sie gemeinsam in einem Vorstoss, den sie am Dienstag im Parlament einreichen.

Konkret verlangen sie darin ein allgemeines Verkaufsverbot von Smartphones und Nutzungsabos an Minderjährige unter zwölf Jahren. Die Anbieter sollen zudem zu einer Altersüberprüfung beim Verkauf verpflichtet werden. Ebenso zu Handy-Voreinstellungen zum Kinder- und Jugendschutz.

Digitale Alterskontrolle

Damit die Kids nicht einfach die Smartphones der Eltern nutzen können, soll der Zugang zu den wichtigsten Funktionen und Anwendungen auf sämtlichen Geräten durch eine digitale Alterskontrolle abgesichert werden.

Handys, die nur zum Telefonieren und Simsen gebraucht werden können, wären vom Verbot ausgenommen.

«Wir wollen die Kinder vor den schädlichen Folgen der Smartphone-Nutzung schützen!», sagt Durrer. Was für andere gesundheitsgefährdende Güter wie Alkohol oder Tabak gelte, soll auch hier greifen.

«Die Gesellschaft hat versagt, deshalb muss der Staat nun Verantwortung übernehmen und den Smartphone-Zugang gesetzlich einschränken», ergänzt Fonio. «Wir müssen die gesunde psychophysische Entwicklung der Kinder ins Zentrum stellen.»

Eltern und Kinder entlasten

Damit wollen die beiden auch Druck von Eltern und Kindern nehmen. Fonio ist selber Vater von vier Kindern im Alter von fünf bis zwölf Jahren und kennt die Situation. «Je älter sie werden, umso stärker wollen sie ein Smartphone, weil viele ihrer Schulkollegen bereits eines haben», sagt der Tessiner. Bisher ist er aber hart geblieben, auch wenn es schwierig sei. «Mit einem Smartphone-Verbot schaffen wir klare Regeln für Kinder und Eltern!»

Das Verbot soll den Kindern die Möglichkeit geben, «einfach wieder Kind zu sein», sagt Durrer. «So können sie ihre Freizeit wieder kreativer gestalten, ohne ständig am Handy zu hängen.»

Als Prorektorin der Berufsfachschule Nidwalden weiss sie aus eigener Erfahrung, wie stark das Smartphone Jugendliche beeinflussen kann. Deshalb müssen die Schüler ihr Handy vor dem Unterricht jeweils abgeben. «Das kommt nicht nur bei den Lehrpersonen, sondern auch bei den Lernenden gut an, weil es für alle eine gewisse Entspannung bedeutet», erzählt sie.

Den beiden Mitte-Politikern ist bewusst, dass ein Smartphone-Verbot auch umgangen werden kann. «Wir wollen keinen Kontrollstaat aufbauen», machen sie deutlich. Anbieter und Eltern müssten wie bei Alkohol und Tabak aber ihre Verantwortung wahrnehmen.

Kinder vor Online-Auswüchsen schützen

Der Smartphone-Vorstoss gliedert sich in eine Reihe weiterer Forderungen in diesem Bereich. Schon letztes Jahr reichte Fonio eine Motion ein, die von digitalen Plattformbetreibern wie Tiktok eine Abgabe fordert, die in einen Kinderschutzfonds fliessen sollte.

Durrer wiederum will die Tech-Plattformen mit einer Motion zu einer stärkeren Risikominimierung etwa bei illegalen oder gesundheitsgefährdenden Inhalten verpflichten.

Für die beiden ist klar: «Wir müssen unsere Kinder besser vor den Online-Auswüchsen schützen.»